

Rassismus, die tödliche Gefahr

Eine Woche, nachdem Rassisten Ermyas M. in Potsdam den Schädel einschlugen, bangt seine Familie immer noch um sein Leben. Tausende PotsdamerInnen demonstrieren, spenden oder beten, um auf ihre Weise Anteilnahme und Solidarität zu zeigen.

»Hey Nigger, wir machen dich jetzt platt.« Dieser kurze Satz drückt den fundamentalen Menschenhass aus, der den einzigen Grund für die Bluttat bildete. Zu jeder Zeit, an jedem Ort kann er in Gewalt umschlagen. Es gibt Zonen der Angst, die in der Dunkelheit gemieden werden. Vor allem aber gibt es keine Zonen der Sicherheit. Ein äthiopischer Mann, der am Tatort für Ermyas M. betete, sagte: »Wir wissen, dass es jeden von uns hätte treffen können.« Dies sagt mehr als jede Statistik, die beweist, dass dieser Überfall kein Einzelfall war. Die Menschen, die den Rassismus jeden Tag erfahren, wissen um die tödliche Gefahr. Die Öffentlichkeit und viele der politischen Verantwortlichen mussten daran erinnert werden. Noch vor zwei Wochen fand es der Brandenburger Innenminister angemessen, MigrantInnen mitzuteilen: »Deutschland ist anders als andere Länder. Wer nicht gewillt ist, das zu akzeptieren, tut sich und tut uns einen Gefallen, wenn er wieder geht.« Dass eine große Zahl von Menschen dem zustimmen, ist einer der Gründe dafür, weshalb die konsequente Verfolgung des Rechtsextremismus durch das Innenministerium keine abschreckende Wirkung zeitigt. Denn zu viele in Brandenburg fühlen sich hinreichend legitimiert, MigrantInnen das Aufenthaltsrecht mit Gewalt abzuspochen.

Opferperspektive e.V.

INHALT

- FOKUS** Der Jugendclub, der »Heil Hitler« heißt
- BERICHT** Die letzte Demütigung
- MONITOR** Eskalation rechter Gewalt in Cottbus
- RANDSPALTE** Ein Abend in Cottbus



Cottbus, 11.4.2006, Foto: Helbig

COTTBUS

Solidarität gegen rechte Gewalt

Etwa 1.000 Menschen kamen am 11. April 2006 vor die Cottbuser Stadthalle, um gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus zu protestieren. Die Stadt, die Kirchen und das Aktionsbündnis Cottbuser Aufbruch hatten zu der Kundgebung aufgerufen, nachdem Anfang April der Sitz der jüdischen Gemeinde mit Hakenkreuzen beschmiert worden war. Die Oberbürgermeisterin forderte dazu auf, den ausländischen

Studierenden, jüdischen MitbürgerInnen und Flüchtlingen in der Stadt Solidarität zu zeigen. Fünf rassistische Angriffe hatten sich allein im letzten Monat in Cottbus ereignet. Angesichts der eskalierenden rechten Gewalt und Propaganda im Spreewald und in der Lausitz hat die Polizei eine Ermittlungsgruppe gebildet und eine Belohnung für Hinweise auf die TäterInnen ausgelobt.

POTSDAM

Zwischen Leben und Tod

Ermyas M. liegt mit einem schweren Schädeltrauma auf der Intensivstation des Potsdamer Klinikums. Der 37-jährige Doktorand und Vater zweier Kinder schwebt, in ein künstliches Koma versetzt, zwischen Leben und Tod. Am frühen Morgen des 16. April 2006 war er an einer Straßenbahnhaltestelle in Potsdam zusammengeschlagen geworden. Der afrodeutsche Potsdamer hatte durch

einen Anruf bei seiner Ehefrau Hilfe herbeiholen wollen. Der Anrufbeantworter nahm die Stimme eines Täters auf: »Hey Nigger!« und »Wir machen dich platt.« Vier Tage später nahm die Polizei zwei Verdächtige fest. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen die beiden Männer wegen versuchten Mordes aus rassistischen Motiven.

Der Jugendclub, der »Heil Hitler« heißt

In der Nacht zum 17. Februar 2006 wurde in das Gymnasium in Lübben eingebrochen und stinkende Säure verspritzt. Ein hinterlassenes Flugblatt forderte zum Boykott der Aufführung des Theaterstücks »Hallo Nazi!« in der Aula auf. Die Schulleitung verlegte das Stück, das sich kritisch mit Rechtsextremismus auseinandersetzt, kurzerhand in die Turnhalle. Nach der Aufführung baten die Schauspieler rechte SchülerInnen um Wortmeldungen – vergeblich. Einer jedoch äußerte sich später. In einem anonymen Bericht auf einer Internetseite machte ein Elftklässler aus seiner Sympathie für den Anschlag keinen Hehl. Dass dies keine Einzelmeinung ist, zeigte sich am 17. März in der Spreewaldschule. Bei einer Veranstaltung des Kreispräventionsrats erklärte ein Schüler selbstbewusst: »Ich bin ein Nazi.« Mit ihm besuchten etwa 15 Rechte einen Workshop, in dem über rechte Musik aufgeklärt werden sollte.

»Die Rechten treten immer offensiver auf«, sagt ein Mitglied des Lübbener Forums gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Neu ist das Problem aber nicht. Rechte Graffiti gehören seit Jahren zum Stadtbild. Die Verwaltung des Erholungsorts müht sich stets, die Naziparolen zu entfernen – sofern sie als solche zu erkennen sind. Weil die rechte Szene zunehmend Codes verwendet, klärt das Lübbener Forum anhand von Fotos über die versteckten Bedeutungen auf. Was die Lübbener BürgerInnen am Morgen des 4. April ansehen mussten, hatte eine neue Dimension: Gleich an 26 Häusern prangten Hakenkreuze, Naziparolen und die Ziffer 88 – ein international verwendeter Code für »Heil Hitler«.

In der Spreewaldstadt hat die Ziffer eine besondere Brisanz. Denn in einer stillgelegten Brauerei hinter einem Baumarkt gibt es einen inoffiziellen Jugendclub namens »Bunker 88«. Laut Polizei treffen sich dort etwa 40 LübbenerInnen, die zum harten Kern der rechten Szene gehören. Schließen könne man den Treffpunkt aber nicht, erklärte ein Polizeisprecher im Februar 2006 in der Märkischen Allgemeinen, der Club sei privat angemietet. Die Polizei solle sich lieber um »kriminelle ausländische Mitbürger« kümmern, beschwerte sich ein Rechter daraufhin auf der Homepage der Stadt Lübben. Bürgermeister Lothar Bretter-



Rechte Graffiti in Lübben, März 2005

bauer widerspricht solchen Parolen. Er versichert jedoch zugleich, die BesucherInnen des »Bunkers 88« nicht pauschal zu verdammen; schließlich seien auch normale junge Leute darunter. »Es gibt viele, die gehen auch mal zu den Partys von den Rechten«, bestätigt eine 17-jährige Schülerin, die ihren Namen nicht veröffentlicht sehen will. Zum Stammpublikum des Clubs gehören brutale Gewalttäter: Am 6. Januar 2006 überfiel eine Gruppe Rechter einen Jugendclub in Neu-Lübbenau. Die TäterInnen misshandelten gezielt einen Jugendlichen, während die übrigen Anwesenden in Schach gehalten wurden. Die von den Rechten entwendete Musikanlage des

Clubs wurde später vor dem »Bunker 88« beschlagnahmt. Das ist kein Einzelfall. Bei mehreren Gerichtsverfahren bekannten rechte SchlägerInnen freimütig, dass sie sich im »Bunker 88« treffen.

Es mag rechtlich schwierig sein, den Club zu schließen. Das erklärt allerdings nicht, warum die Polizei und die Stadtverwaltung dies zweieinhalb Jahre nicht öffentlich problematisiert haben. Dass Jugendliche dort zu Partys gehen, macht die Sache ja nicht besser; im Gegenteil. Selbstverständlich gab und gibt es Möglichkeiten, gegen einen Club vorzugehen, der »Heil Hitler« heißt. Denn ein solcher Treffpunkt darf nicht hingenommen werden.

AKTIV

Grenzenlosfestival Lübben

Seit vier Jahren findet im Lübbener Stadtzentrum das Grenzenlosfestival statt. 500 bis 1.000 BesucherInnen kommen jedes Jahr zu den Konzerten, Workshops und Diskussionen. 20 Jugendliche organisieren die zweitägige Veranstaltung zusammen mit dem Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Um ein Zeichen zu setzen, unterstützt seit 2005 auch die Stadtverwaltung das Festival. Die rechte Szene hat von Anfang an dagegen Front gemacht. Im letzten Jahr erhielten viele Haushalte

anonyme Aufrufe: Eltern sollten ihren Kindern verbieten, am Grenzenlosfestival teilzunehmen, weil der Kontakt mit anderen Kulturen zu »Identitätsverlusten« führe. Viele Eltern begleiteten stattdessen ihre Kinder, und die Polizei hielt die Rechten fern. Trotzdem wurde ein junger Mann auf dem Weg zur Veranstaltung von einem Rechten geschlagen. Am 25. und 26. August findet das diesjährige Festival statt. Die Opferperspektive will sich beteiligen. Das Thema der Workshops wird Gewaltprävention sein. www.grenzenlosfestival.de

Die letzte Demütigung

Wortlos hatten die Mitglieder der rechten Motorradgang Bones am Abend des 23. März 1998 den Jugendclub im südbrandenburgischen Lauchhammer betreten und den Sudanesen Omar F. direkt angegriffen. Die übrigen Gäste brachten sich in einem Nebenraum in Sicherheit. Nachdem die Rocker abgezogen waren, wurde Omar F. mit Kopfverletzungen und ausgeschlagenen Zähnen in ein Krankenhaus gebracht. Das Jugendhaus musste neu gestrichen werden. Bis zur Decke hatte das Blut gespritzt.

Danach wagte sich Omar F. nicht mehr allein auf die Straße. Nachts plagten ihn Albträume. Eine Berliner Universitätsklinik diagnostizierte eine schwere Traumatisierung. Die Ärzte baten die Ausländerbehörde in Senftenberg, ihrem Patienten einen Umzug in die Nähe von Berlin zu ermöglichen. Auch die Opferperspektive bestand da-rauf. Aber alle Anträge wurden abgelehnt. Erst eine Klage ermöglichte nach zwei Jahren einen Umzug.

Die Polizei hatte unterdessen eher widerwillig ermittelt und keinen rassistischen Hintergrund ausmachen können. Die TäterInnen sagten, sie seien von den Ausländern provoziert worden, und der Jugendclub-Leiter bestätigte dies. Zum Kontext gehört eine Geldspende des MC Bones an den Jugendclub. Dann verschwand die Ermittlungsakte bei der Staatsanwaltschaft Cottbus. Als endlich eine Anklageschrift zustande kam, dauerte es ein weiteres Jahr, bis es im Februar 2001 zum Prozess gegen zwei Täter kam. Drei Jahre nach dem Überfall waren die Erinnerungen der ZeugnInnen lückenhaft geworden. Das Amtsgericht Senftenberg ließ die Angeklagten mit Geldstrafen davonkommen.

Omar F. klagte auf Schmerzensgeld. Das Zivilgericht bestellte eine Psychiaterin, um seine Traumatisierung begutachten zu lassen. Die Gutachterin hielt die Angaben des Opfers nicht für glaubwürdig. Um eine Überprüfung ersucht, attestierte die Berliner Charité der Gutach-

terin fehlende interkulturelle Kompetenz. Aber das Landgericht Cottbus hielt an dem umstrittenen Gutachten fest. Im November 2005 wurde das Urteil gesprochen: Freispruch für einen Schläger, der zweite muss 2.000 Euro Schmerzensgeld entrichten. Davon hat Omar F. aber nichts, denn er muss die Anwalts- und Gerichtskosten seiner Peiniger übernehmen – 3.000 Euro. Die Narben in seinem Gesicht zeugen vom dem Leid, das Omar F. vor acht Jahren erlitten hat. Zu seinen Verletzungen wurden weitere hinzugefügt, bis er am Ende des Rechtswegs die ultimative Demütigung erlebte: »Sie haben mich zusammengeschlagen, und ich soll dafür bezahlen.«

Omar F. war das erste Opfer rechter Gewalt, das von der Opferperspektive betreut wurde. Die Kosten der Zivilklage wurden durch Spenden beglichen. Wir danken allen SpenderInnen für ihre Unterstützung.

MONITOR

Eskalation rechter Gewalt in Cottbus

Organisierte rechte Gewalt gegen politische GegnerInnen hat in Cottbus im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Mit einem Überfall von etwa 20 maskierten Rechten auf eine antifaschistische Veranstaltung im Jugendzentrum »Fragezeichen« begann am 14. Mai 2005 eine Serie von Anschlägen: Am 23. September wurden sämtliche Scheiben des rundum verglasten Kulturpavillons zertrümmert, während dort das Theaterstück »Hallo Nazi!« gespielt wurde. Am 22. November wurden die Fenster des linken Musikgeschäfts »AK 14« zerstört und die Fassade mit einer Naziparole beschmiert. Zwei Wochen später warfen Neonazis Steine in das Büro der Landtagsabgeordneten Dr. Martina Münch, der Sprecherin des Bündnisses Cottbuser Aufbruch.

Cottbuser Rechte verübten im letzten halben Jahr drei provokative antisemitische Straftaten: Am 9. November wurde der Gedenkstein für die in der Reichspogromnacht niedergebrannte Synagoge mit Hakenkreuzen beschmiert. Am 5. Dezember wurde in der Cottbuser Fan-



Energie Cottbus – Dynamo Dresden, 5.12.2005, Foto: dehli-news.de

kurve beim Spiel gegen Dresden ein sehr großes Transparent gezeigt, auf dem die Dynamo-Fußballer als »Juden« bezeichnet wurden. Am 5. April 2006 schließlich schmierten Neonazis Hakenkreuze an den Sitz der jüdischen Gemeinde.

Asylsuchende, MigrantInnen und ausländische Studierende werden regelmäßig Opfer rassistischer Gewalttaten, die sich vor allem in Nachtbussen oder im Umfeld von Diskotheken ereignen. Dies war in den Medien bislang eher beiläu-

fig zur Kenntnis genommen worden. Erst nachdem sich am frühen Morgen des 18. März 2006 gleich zwei solcher Gewalttaten zugetragen hatten, wurde dies in der Öffentlichkeit ernsthaft diskutiert. Ein mazedonischer Mann war von Rechten in einem Nachtbus bedrängt und anschließend vor dem Bus niedergeschlagen worden. Zur selben Zeit hatte eine andere Gruppe Rechter sieben Studierende angegriffen und zwei Späner durch Faustschläge verletzt.

Ein Abend in Cottbus

»Ein afrikanischer Fahrgast in einem Bus wurde in der Nacht zum Samstag getreten, ein anderer erhielt einen Schlag ins Gesicht. Unter dem Verdacht der Körperverletzung nahm die Polizei zwei junge Deutsche noch in dem Fahrzeug fest. Eine politische Motivation der Tat sei bei den Ermittlungen nicht festgestellt worden, hieß es gestern seitens der Polizei. (...)« *Lausitzer Rundschau*, 6.3.2006

»Wir wussten, dass Asylbewerber in die Disko ›Stuk‹ nicht reinkommen. Deshalb haben Ahmed (Name geändert) und ich gesagt, dass wir unsere Studentenausweise vergessen haben. Ahmed ist gleich wieder gegangen, weil nichts los war. Später wollte ich in die Disko ›Stadt Cottbus‹. Der Türsteher ließ mich nicht rein: ›Keine Schwarzen, bitte‹, sagte er. ›Bin ich kein Mensch?‹, fragte ich. Er stieß mich vor die Brust und sagte: ›Geh!‹ Als ich mich umdrehte, sahen mich die Leute mitleidig an, aber niemand sagte etwas. Ich war aufgeregt. Draußen rief ich die Polizei, aber die Polizistin sagte, sie könne nichts machen, weil das eine Privatsache sei. Ich rief noch mal an. Jetzt war ein Mann dran. Ich sagte, dass ich diskriminiert wurde, aber er legte einfach auf. Ich ging zur Bushaltestelle. Ich wollte nach Hause, einfach nur schlafen. Im Bus traf ich Ahmed wieder. Wir sprachen nur kurz, weil er aussteigen wollte. Plötzlich stand ein Junge auf und trat Ahmed in den Rücken, sodass er aus der Bustür fiel. Da war eine Gruppe, ich hatte nicht auf sie geachtet, einige hatten Glatzköpfe und Tarnjacken. Ich stellte mich vor den Jungen und fragte, warum er das gemacht habe. ›Ihr Schwarzneger!‹, sagte er. ›Ja, wir sind schwarz. Na und?‹, sagte ich. Seine Freunde zerrten von hinten an meinen Armen. Einer schlug mir ins Gesicht. Die Polizei kam schnell und nahm die Jungen im Bus fest. Ahmed hatte sie angerufen. Ich will alles vergessen, aber ich kann nicht. Ich habe keine Angst vor den Nazis. Aber ich weiß nicht, ob wir hier überhaupt leben können. Wir werden wie Nigger behandelt. Sie müssen anerkennen, dass wir Menschen sind. Sonst können wir hier nicht leben.«

Chamberlain W., aufgezeichnet am 27.3.2006

Guben: Neue Initiative

Der Internationale Jugendverein Guben und die Initiative Open G.A.T.E haben im Jugendverein eine Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt eingerichtet. »Vor allem Jugendliche werden von Rechten bedroht und angegriffen«, sagen die Aktiven. Zuletzt schlug ein Rechter aus Guben am 18. März 2006 einen Mazedonier in Cottbus

nieder. Die neue Anlaufstelle will für Betroffene ein Forum schaffen, Beratung zu Anzeigenstellung und Entschädigungsleistungen anbieten sowie RechtsanwältInnen vermitteln. Ähnliche Beratungsstellen bestehen bereits in Frankfurt (Oder), Strausberg, Bernau und Potsdam.

anlaufstelle-guben@web.de

Ausstellung in Lübbenau

Vom 23. März bis zum 27. April zeigte die Stadt Lübbenau in Kooperation mit der Opferperspektive im Rathaus der Spreewaldstadt die Ausstellung »Opfer rechter Gewalt«. Viele Schulklassen besuchten die Ausstellung, wo sie unter Anleitung einer Pädagogin eigene Erfahrungen mit Gewalt und Rechtsextremismus diskutierten. Zusätzlich fand eine Gesprächsrunde mit einer Mitarbeiterin

der Opferperspektive sowie einer Lübbenerin statt, deren Familie mehrfach von Rassisten angegriffen worden war. Die Ausstellung porträtiert 131 Menschen, die seit 1990 durch rechte Gewalt zu Tode kamen; sie wird in diesem Jahr noch in Leipzig, Gera und Dachau zu sehen sein.

www.opfer-rechter-gewalt.de

Weniger Geld für den Kampf gegen Rechts?

Im Osten Deutschlands wurde in den vergangenen fünf Jahren ein Netzwerk von Vereinen aufgebaut, die sich der Hilfe für Opfer rechter Gewalt widmen. Ermöglicht wurde dies durch ein Bundesförderprogramm gegen Rechtsextremismus. Wissenschaftler bezeichnen die Opferberatungsstellen und mobilen Beratungsteams als »überregionale Kompetenzzentren« und bescheinigen ihnen »exzellentes lokales Wissen«. Damit könnte bald Schluss sein, sollte das Bundesfamilienministerium daran fest-

halten, die Förderung Ende 2006 einzustellen. Künftig sollten verstärkt Maßnahmen gegen Linksextremismus und Islamismus gefördert werden, heißt es. Diese Pläne stoßen auf heftige Kritik. Es ist zu hoffen, dass die nach dem Mordversuch in Potsdam geäußerte Betroffenheit der Bundesregierung sich nicht als bloßes Bedauern erweist. In einer Lage, in der viel davon gesprochen wird, dass mehr gegen rechte Gewalt getan werden muss, wäre es schon ein Erfolg, wenn nicht weniger gemacht würde.

IMPRESSUM



Herausgeberin:
Opferperspektive e.V.
Schloßstr. 1
14467 Potsdam
Telefon: 0171 1935669
Telefax: 012125 11559889
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion:
J. Frykman, Opferperspektive e.V.

Gestaltung:
S. Steinhof, www.rrita.de

Spendenkonto: 350 202 3041
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Potsdam
BLZ 160 500 00